

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift
Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft
Band: 183 (2017)
Heft: 12

Rubrik: Internationale Nachrichten

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 29.06.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Österreich

Finanzielle
Begehrlichkeiten

Aus dem österreichischen Generalstab kommt eine klare Ansage. Gefordert werden mehr Geld und mehr Personal. Gestellt werden diese zwei zentralen Forderungen an die neue Landesregierung. Dazu äussert sich der höchste österreichische Militär, General Othmar Commenda unmissverständlich: «Mehr Sicherheit gibt es nicht um weniger Geld». Dazu lässt der General im kürzlich erschienen Positionspapier «zur Weiterentwicklung der Landesverteidigung» die letzten Jahre Revue passieren. Erwähnt werden «gravierende Einschnitte bei Gerät und Waffensystemen», der stetige Personalabbau und das sich «auf historischem Tiefstand» befindende Rüstungsbudget, das aktuell noch knapp 0,55 % des österreichischen BIP ausmacht. Er begründet dies damit, dass «die Epoche des relativen Friedens vorüber sei. Denn, ein neues Zeitalter der Unsicherheit ist jetzt angebrochen». Lob erhält einzig die seit 2016 vorsichtig ein-



Mehr von allem! Bundesheer am Nationalfeiertag. Bild: Bundesheer

geleitete Trendwende, welche laut Commenda unbedingt fortgesetzt werden müsse. Dazu benötigt er aber für das Bundesheer mindestens 1 % des BIP, das heisst insgesamt etwa 3,5 Milliarden Euro pro Jahr (was einem Anstieg von mehr als einer Milliarde entspricht) – welche es nun schrittweise anzusteuern gilt. Für den Fall, dass er das geforderte Geld nicht erhalten sollte, zeichnet er düstere Szenarien. Es ginge letztendlich um nicht mehr oder weniger als die Grundbefähigung des Bundesheers. Personell sieht er deshalb auch einen Aufbau auf 25 000 Plan-

stellen innerhalb der Heeresverwaltung. Seine Argumente werden durch Schlagworte wie Masseneinwanderung, Russlandkonflikt, Balkankrise und Desintegration von Nordafrika untermauert. Dabei stützt er sich nicht nur auf die Einschätzung seines Generalstabs, sondern bedient sich bei der aktuellen Wahrnehmung der Bevölkerung. Denn diese erwartet sichere Grenzen und nur das Heer könne dies leisten, so Commenda. Entsprechend fügte er noch zehn Bataillone und die Verdoppelung der Militärpolizei auf seiner Wunschliste hinzu. Allein 500

Soldaten davon sollen für die Sicherung der EU-Aussengrenze abkommandiert werden. Für den Krisen- und Terrorfall bedarf es weiter einer Erhöhung seiner Kaderpräsenzsoldaten auf 6000 und unausweichlich scheint der Ausbau des Jagdkommandos. Damit dann auch der Luftraum «lückenlos», das heisst während 24 Stunden an 365 Tagen im Jahr überwacht werden kann, braucht er eine voll funktionsfähige Luftwaffe, ohne genaue Zahlen zum anviesierten Bestand oder gewünschten Typen zu nennen. Dem Cyber-Raum will er 1000 Spezialisten zuweisen, für die Katastrophenhilfe im Inland 12 500 Mann bereithalten und eine Mobilmachungsstärke von 55 000 Soldaten erreichen. Darüber hinaus will er die Auslandseinsätze punktuell erweitern und bis auf 1500 Truppen aufstocken.

Da auch in Österreich immer weniger Rekruten zur Verfügung stehen, müssen darum die Zahlen mindestens stabilisiert werden. Für Commenda noch besser wären aber jährlich mindestens 20 000 neue Soldaten.

Rumänien

Sitz einer neuen
multinationalen
NATO-Brigade

Anfangs Oktober wurde in Rumänien eine neue multinationale Interventionsbrigade installiert. Diese zielt in erster Linie darauf ab, der zunehmenden Bedrohung Russlands auf die Länder Südosteuropas entgegenzuwirken. Der Generalsekretär der Allianz Jens Stoltenberg erklärte dazu, die neue multinationale Truppe operiert unter dem Namen NATO-Südostbrigade und hat ihr Hauptquartier im südrumänischen Craiova. An einer gemeinsamen Pressekonferenz



Stoltenberg eröffnet das neue Hauptquartier.

Bild: NATO

mit dem rumänischen Präsidenten Klaus Iohannis erläuterte Stoltenberg dann einige

Details. Er erinnerte an die gegenseitige Beistandspflicht im Angriffsfall (NATO Artikel 5)

und gab zu verstehen, dass die neue Brigade rein defensiv, verhältnismässig und den internationalen Verpflichtungen entsprechend agieren werde. Er zeigt sich aber äusserst besorgt über die militärische Entwicklung in Russland, besonders in Nähe der NATO-Aussengrenzen und wirft Moskau mangelnde Transparenz vor. Damit meint er konkret die vergangenen Grossmanöver der Russen in diesem Herbst. Für Präsident Iohannis stellt die neue Truppe einen grossen Erfolg dar. Denn seit dem letzten NATO-Gipfel in Warschau war er bestrebt, mehr NATO-Kräfte in sein Land zu bringen.

Schweden

Nachtrag zu Aurora 2017

Nachdem im September die grösste Übung der schwedischen Armee (AURORA 2017) seit dem Kalten Krieg erfolgreich zu Ende gegangen ist, können bereits erste Lehren gezogen werden. Eine davon ist, dass es im Königreich offenbar zu wenig Schutzräume gibt. Schwedens Zivilschutzorganisation konnte aufzeigen, dass die aktuell zur Verfügung stehenden 65 000 Schutzräume im Ernstfall nur ungenügenden Schutz bieten würden und liefert eine klare Begründung. Einerseits wurde während den letzten 15 Jahren darauf verzichtet, neue Schutzbauten zu erstellen. Andererseits ist die zur Verfügung stehende

Infrastruktur, die meisten Räume davon in Privathäusern, oft in schlechtem Zustand oder – was gesetzlich erlaubt ist – bis zur Unbenutz-



Unter Beobachtung: Aurora 2017.
Bild: Försvarsmakten

barkeit umfunktioniert worden. Insbesondere der Umstand, dass bei der aktuellen Bevölkerungszahl von knapp zehn Millionen zu wenig Räu-

me existieren, ist für den königlichen Zivilschutz besorgniserregend. In einem von der Regierung angeregten Vorstoss werden deshalb 50 000 neue Plätze per Baubeginn ab 2019 gefordert. Ebenfalls bemerkenswert ist, dass es während AURORA offenbar zu zehnmal mehr sicherheitsrelevanten Zwischenfällen als bei Normalbetrieb in der Armee gekommen ist. Das Pressebüro der Försvarsmakten listet dabei Drohnenaufklärung und unbekannte Zuschauer sowie eine grosse Anzahl an nicht autorisierten Fotografen bis hin zu mobilen Beobachtungsposten in Form von Wohnmobilen auf. So wurden beispielsweise auf der Insel Öland exakt während dem Stellungsbezug

von US-Amerikanischen PATRIOT-Luftabwehrraketen verdächtige ausländische Campingwagen gesichtet. Für den schwedischen Verteidigungsminister Peter Hultqvist liegt es auf der Hand, dass alleine eine so grosse Übung wie AURORA 2017 eine unbekannte Anzahl von Schaulustigen anzieht. Demgegenüber sieht er sich aber auch an die Zeiten des Kalten Krieges erinnert, als es damals immer wieder zu geheimdienstlichen Zwischenfällen mit Warschauer-Pakt-Länder kam. In jedem Fall, so Jesper Tengroth, Pressesprecher der schwedischen Armee, wurden alle Zwischenfälle der Sakerhetspolisen (SÄPO), also dem Inlandnachrichtendienst weitergeleitet.

Russland

Triade im scharfen Schuss

Die jüngsten Neuigkeiten vom russischen Manöverherbst sprechen für sich. Was vom Kreml als jährlich wiederkehrendes Training verkauft wurde, war Ende Oktober eines der grössten Nukleartestschiessen jüngster Zeit. Unter der Leitung der strategischen Raketenruppen wurden am Abend des 26. Oktobers gleichzeitig mit mehreren Verbänden der Marine und Luftwaffe (die Wirkungsweise der Verbände wird mit dem Begriff Triade beschrieben) die nukleare Abschreckung geübt. Alleine Präsident Vladimir Putin persönlich feuerte vier ballistische nukleare Interkontinentalraketen (ICBM), so der präsidentiale Pressesprecher Russlands. Wobei damit gemeint ist, dass Putin vor Ort die mündlichen Feuerbefehle erteilte. Auf diese Weise wurde gemäss dem russischen Verteidigungsministerium das Zusammenspiel der Nordmeer- und Pazifikflot-



Hell erleuchtet: Nuklearrakete misst sich mit dem Polarlicht über dem westsibirischen Tiefland.
Bild: vk.com

te gefestigt, welche mit Unterseebooten der DELTA-III- und DELTA-IV-Klasse beteiligt waren. Dabei wurde aus dem ochotskischen Meer das ca. 6000 Kilometer entfernte Chizha-Testgelände in der Nähe der Barentssee anvisiert. Umgekehrt wurde von Archangelsk am weissen Meer ins Kura-Testgelände auf Kamtschatka geschossen. Dabei wurden von den U-Booten Raketen der Typen R-29R VOLNA (Baujahr 1977; Reichweite von 6500 km) und R-29RM SI-NEVA (Baujahr 2007; Reich-

weite von 8200 km) benutzt. Gleichzeitig feuerten Einheiten der strategischen Raketenruppen mindestens eine RS-12M Topol Interkontinentalrakete (Baujahr 1985, Reichweite von 10 000 km) vom nordwestrussischen Raketenstützpunkt Plesetsk nach Kura. Nebst den Raketenabschüssen waren aber vor allem russische Langstreckenflugzeuge gleichzeitig im Einsatz. Strategische Bomber der Typen TU-160, TU-95 und TU-22M3 starteten von den Luftwaffenstützpunkten Kirov Shaykov-

ka (westrussischer Kaluga Oblast), Engels-2 (südwestrussischer Saratow-Oblast) und Ukrainka (Amur-Oblast an der chinesischen Grenze) aus und feuerten luftgestützte Marschflugkörper auf verschiedene Übungsplätze, unter anderem ins befreundete Nachbarland Kasachstan. Die Tests dürften bei russischen Rüstungsbetrieben Freude ausgelöst haben. Die meisten der verschossenen ICBM haben ihr Maximalalter bereits erreicht. Beispielsweise werden die mit lediglich einem Sprengkopf bestückten und grösstenteils noch silogestützten RS-12M Topol bis 2020 durch MIRV (multiple independently targetable reentry vehicles)-fähige, also Mehrfachsprengkopf-Systeme ersetzt. Dies unterstreicht, dass es bei dieser Übung in erster Linie um eine Überprüfung der Führungsstrukturen und damit des C2-Systems (Command and Control) und nicht um eigentliche Tests der Waffensysteme ging.

Philippinen

Russische Waffen willkommen

Russland hat den Philippinen eine Waffenlieferung übergeben, darunter Kleinwaffen, Munition und Armee-LKWs. Laut dem Pentagon-Chef James Mattis sind die USA über russische Waffenlieferungen an die Philippinen nicht besorgt.

Die Zeremonie der Waffenübergabe erfolgte im Hafen

von Manila an Bord des grossen U-Boot-Zerstörers «Admiral Pantelejew» der russischen Pazifikflotte. Daran nahmen der russische Verteidigungsminister Sergej Schoigu und der philippinische Präsident Rodrigo Duterte teil. Am Vortag hatten die Regierungen der beiden Länder eine Vereinbarung über die militärtechnische Zusammenarbeit unterzeichnet.

Im Laufe seiner Philippinen-Reise führte Minister Schoigu insgesamt sieben bilaterale und multilaterale Verhandlungen mit Kollegen aus den Ländern des Verbandes Südostasiatischer Nationen (ASEAN) durch.

Pentagon-Chef Mattis kommentierte: «Ich messe dem keine grosse Bedeutung bei. Ich weiss, dass man einige Lastwagen gebracht hat, um dem

Land zu helfen, das gegen Terroristen kämpft. Das ist eine souveräne Entscheidung der Philippinen.

Mattis zufolge habe er ein «offenes und herzliches Treffen» mit dem philippinischen Präsidenten Rodrigo Duterte gehabt und mit ihm die Kooperation im militärischen Bereich und die Bekämpfung des Terrorismus besprochen.

Vereinigte Arabische Emirate

Ministerium für künstliche Intelligenz

Der 27-jährige Omar bin Sultan Al Olama wurde im Zuge einer Kabinettsumbildung zum Staatsminister für künstliche Intelligenz (KI) ernannt. Der weltweit erste Minister in einem solchen Ressort trat sein neues Amt Ende Oktober in Abu Dhabi an. Es ginge ihm darum, dass künstliche Intelligenz nicht eine Bedrohung für die Menschheit darstellen sollte, sondern dazu beitragen kann, einige der grossen Probleme auf dieser Welt zu lösen, so Al Olama. Der neue Minister zeigt sich deshalb sehr zuversichtlich und spricht von seinem Optimismus gegenüber dem Wert der KI bei der Lösung von Problemen wie dem Klimawandel. Sein Problem: allen Einsatzbereichen der künstlichen Intelligenz wird seitens der Bevölkerung sehr viel Skepsis entgegengebracht. Ihm ginge es aber nicht darum eine Welt zu schaffen, in der die KI eine Bedrohung für die Menschheit darstellt, wie dies beispielsweise vom Astrophysiker Stephen Hawking vorausgesagt wurde. Vielmehr, so Al Olama, möchte er sich das grosse Potential der KI zu nutzen machen und nennt dazu zwei Beispiele. Für die Verbesserung der globalen Energieinfrastruktur sind mit-

telfristig weltweit etwa 20 Billionen Euro notwendig. Die Verteilung der Energieressourcen, der effizientere Einsatz ebendieser und die Suche nach optimalen Speichermöglich-



Omar bin Sultan Al Olama, Minister für künstliche Intelligenz.

Bild: United Arab Emirates Cabinet

keiten dafür sei nur mittels KI lösbar. Ebenfalls gedenkt er mittels KI die Datenverarbeitung zu revolutionieren, denn Wissenschaftler sollten gemäss Al Olama ihre Zeit nicht mit dem Auswerten von Datenbergen vergeuden, sondern deren Inhalt gezielt für ihre Arbeit einsetzen können. Damit dies dereinst auch alles möglich sein wird, zählt er ganz auf die Jugend und definiert diesen Begriff neu: «Jugend ist nicht ein Alter, sondern eine Einstellung. Und wenn man bereit ist, zu helfen, wenn man bereit ist, sich zu ändern, dann wird man immer ein Teil der Jugend sein, selbst wenn man 100 Jahre alt ist.»

Südkorea

«Seoul ist sicherer als Paris» – ein Augenschein

Die Nordkorea-Krise und der Konflikt zwischen dem Diktator Kim Jong-un und US-Präsident Donald Trump mögen die halbe Welt beunruhigen, die Südkoreaner sehen gelassen zu. Die nordkoreanischen Raketenstarts, der Auftakt der amerikanisch-südkoreanischen Militärmanöver und der Besuch Trumps in Seoul: Südkorea lebt mit der Bedrohung.

«Seoul ist sicherer als Paris», ist Lim Cheol-hwan überzeugt. Lim ist nicht eine Art Propagandaminister der südkoreanischen Regierung, sondern Unternehmer und repräsentativ für die überwiegende Mehrheit der Südkoreaner, die der Konflikt nicht kümmert. «Wenn ich an die Terroranschläge und die Kriminalität in Europa denke, ist trotz aller aktuellen Bedrohungen Korea sicherer.» In seiner fünftausendjährigen Geschichte sei Korea so oft angegriffen und besetzt worden, dass es daran gewöhnt und dadurch immer stärker geworden sei. «Korea hat die Kraft, die eigene Bevölkerung und die Ausländer zu schützen.»

Seoul liegt nur 50 Kilometer von der Grenze zum kommunistischen Norden entfernt. Das U-Bahn-Tunnelsystem der südkoreanischen Hauptstadt ist das

grösste der Welt. Allein der Schacht der Linie 5 ist knapp 50 Kilometer lang. Zentrale Haltestellen bestehen aus bis zu sieben Ebenen unter Tage.

«Diese Unterwelt war vor vielen Jahren auch als Zivilschutzsystem gedacht», erläutert Kim Dal-eon, ehemaliger Katastrophenschutzverantwortlicher von Incheon, einer Stadt, die mit Seoul zu einem Ballungszentrum mit 20 Millionen Menschen zusammenwächst, der Hälfte der südkoreanischen Bevölkerung. «Für den Fall nordkoreanischer Angriffe auf die Hauptstadtregion waren die U-Bahn-Schächte als Schutzbunker für Millionen Menschen gedacht.» Doch die aktuelle Lage sei weder für die Stadtregierung ein Grund, das Bunkersystem wiederzubeleben, noch für die Bevölkerung ein Anlass, Hamsterkäufe zu tätigen. «Niemand denkt an solche Massnahmen.»

Die 28-jährige Zahnarzthelferin Kim Cho-rong aus Incheon scheint sich sogar über die Frage, ob sie besorgt sei, zu wundern. Ihre Generation macht sich nicht nur keine Gedanken über die prekäre Lage, sie interessiert sich auch gar nicht dafür. «Wenn es zum Krieg kommt, wird es der Dritte Weltkrieg, dann sterben wir alle. Wir werden also entweder alle gemeinsam leben oder gemeinsam sterben.»

Mit der permanenten Bedrohung zu leben, gehöre zum koreanischen Alltag, ist zu hören. «Was soll man denn machen, wir müssen damit leben.» Joo und Hong vergleichen die Situation Südkoreas mit jener Israels, das ebenfalls unter Bedrohung leben müsse. Hamsterkäufe und andere Vorkehrungen sind kein Thema. Ein Beamter im Wiedervereinigungsministerium ist erleichtert, dass Nordkorea das Gründungsjubiläum der Partei der Arbeit am 10. Oktober nicht zum Anlass genommen hat, wieder eine Rakete abzuschiessen.

Das hatte man in Seoul befürchtet. Die Raketenaktivitäten Kim Jong-uns beobachtet Lee auch aus ganz persönlichem Interesse: Für seinen nahenden Ruhestand baut er zur Zeit ein Haus nördlich von

Seoul, nur drei Kilometer von der Grenze zu Nordkorea entfernt. Sollte Kim Raketen auf die südkoreanische Metropole abfeuern, würden die Geschosse über sein Haus hinwegfliegen.



Seoul bei Nacht.

Bild: istock

Niemand in Politik und Wirtschaft Südkoreas, niemand im diplomatischen Corps ändert seine Terminplanungen wegen möglicher Aggressionen. Die Aktienkurse steigen unbeirrt. Die Planungen und Werbung für die Olympischen Winterspiele, die im Februar nächsten Jahres in Pyeongchang stattfinden, laufen jenseits der Weltpolitik weiter. Nur ein Tankstellenbesitzer auf der Insel Jindo hofft, dass sein Sohn, dessen zweijähriger Marine-Wehrdienst in Kürze endet, nicht wegen der Bedrohungen verlängern muss. Es sieht aber nicht danach aus.

China

Xi wie Mao

Nach Abschluss des einwöchigen Parteikongresses wurde Xi Jinping wie erwartet für weitere fünf Jahre als «starker Mann» Chinas bestätigt. Mit einer ungewöhnlich grossen Machtfülle startet Chi-

nas Staats- und Parteichef Xi Jinping in seine zweite Amtszeit. Der 64-Jährige ist nämlich auch noch Generalsekretär der Kommunistischen Arbeiterpartei und Oberkommandierender der Streitkräfte. Xi ist jetzt auf einer Stufe mit Mao Zedong.

Nach dem Kongress stellte Xi Jinping seine neue Führungsmannschaft vor. Unter den fünf neuen Mitgliedern des mächtigen Ständigen Ausschusses des Politbüros ist allerdings kein potenzieller Nachfolger zu finden. Die Männer seiner Wahl sind alle zu alt,

um ihn nach 2022 zu beerben. Indem Xi Jinping keine Nachfolgeregelung erkennen lässt, facht der heute 64-Jährige die Spekulationen neu an, dass er in fünf Jahren möglicherweise eine dritte Amtszeit anstreben könnte. Dann wäre er höher als Mao.

USA – Asien

Trumps Besuchsmarathon

US Präsident Donald Trump besuchte im November fünf asiatische Länder in zehn Tagen. Zunächst ging Trump nach Japan, anschliessend reiste er weiter nach Südkorea, China, nach Vietnam und auf die Philippinen. Aussenminister Rex Tillerson hat ausserdem Myanmar besucht.

Im Mittelpunkt von Trumps Besuchen in Tokio, Peking und Seoul steht die Bedrohung durch das Regime in Nordkorea. Der Nationale Sicherheitsberater H. R. McMaster signalisierte, dass die Vereinigten Staaten erwägen, das Land auf die Liste der Terrorismus-Förderer zu setzen. McMaster sagte: «Der Präsident weiss, dass uns die Zeit davonläuft, und

er wird alle Staaten auffordern, mehr zu tun.» Trump drängte vor allem in China darauf, dass Präsident Xi Jinping seinen Einfluss auf Nordkoreas Machthaber Kim Jong-un stärker nutzt, um ihn von seinen Provokationen und Raketen-tests abzubringen. Trump hat wohl gefordert, dass China ganz aufhört, nordkoreanische Kohle zu kaufen, und dass es Bankkonten von Nordkoreanern schliesst. Auch die Arbeiter aus dem abgeschotteten Land, die in China sind, sollen nach dem Willen Amerikas nach Hause geschickt werden.

Mit Südkorea gab es in letzter Zeit einige Spannungen – so drohte Trump an, dem Land die Kosten für das dort stationierte Raketenabwehrsystem allein aufzubürden. Südkorea und China haben unterdessen

gerade erst ihren Streit über die Stationierung des Raketen-systems beigelegt. Jahrelang hatte China dagegen protestiert, dass das amerikanische Thaad-Verteidigungssystem in Südkorea stationiert wird. Chinesische Konsumenten hatten deswegen im Frühjahr südkoreanische Produkte boykottiert. Nun wird es auch dank des neuen Präsidenten in Südkorea, Moon Jae-in, wieder stärkere Handelsbeziehungen zwischen beiden Ländern geben. Südkorea ist ebenso wie China für eine diplomatische Lösung im Konflikt mit Nordkorea.

Die Annäherung anderer asiatischer Staaten an China ist durchaus eine Folge der amerikanischen Unvorhersehbarkeit. Trump ist zu Hause durch schlechte Umfragewerte, die

Russland-Ermittlungen und die nur zäh vorangehende Steuerreform geschwächt. Seit er an der Macht ist, bewegt sich nicht nur in Europa, sondern auch in Asien die Diskussion hin zu grösserer Unabhängigkeit von amerikanischen Interessen. «Wenn die Region auf Donald Trump schaut, sieht sie Unsicherheit, Unvorhersehbarkeit, den Rückzug aus entscheidenden Vereinbarungen wie dem transpazifischen Handelsabkommen TPP», sagte Evan Medeiros, Asien-Berater der Obama-Regierung, gegenüber der «New York Times». Ob Medeiros Recht hat? Denn: Sich mit den Amerikanern zu überwerfen, könne sich allerdings auch niemand in Asien leisten.

Pascal Kohler,
Henrique Schneider